Finanzgruppe
Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist: Redebeginn 26. Januar 2026, 11:00 Uhr

Statement

des Präsidenten des
Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Prof. Dr. Ulrich Reuter

anlässlich der Online-Pressekonferenz
zur Konjunkturprognose
am Montag, 26. Januar 2026, in Berlin

Deutscher Sparkassen-
und Giroverband
Charlottenstraße 47
10117 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserer Pressekonferenz zur Konjunkturprognose 2026.

Eines ist klar: Das Jahr 2026 wird zu einem entscheidenden Wendepunkt. In einem Jahr wird unser Land, wird vieles in Europa anders sein.

Die Risse in der alten Welt werden größer – darauf müssen wir reagieren: mit europäischer Souveränität, einem stärkeren Wirtschaftsstandort Deutschland und neuen Partnerschaften.

Das Mercosur-Abkommen ist eine große Chance. Mit mehr als 700 Millionen Einwohnern würde die größte Freihandelszone der Welt entstehen. 2024 betrug das Handelsvolumen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten 112,3 Milliarden Euro.

Die erneute Verzögerung im Europäischen Parlament ist deshalb ein herber Schlag. Gerade jetzt braucht es Zeichen der europäischen Handlungsfähigkeit. Deshalb wäre es richtig, das Abkommen vorläufig anzuwenden. Wir dürfen nicht noch mehr Zeit verlieren.

Gleiches gilt für das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada. Noch immer haben 10 Mitgliedstaaten es nicht ratifiziert, darunter Belgien, Frankreich, Italien und Polen. Zwar wird es vorläufig angewendet, aber Unsicherheiten bleiben. Europa muss begreifen, dass wir geeint auftreten müssen, um unsere Interessen zu vertreten und unseren Wohlstand zu erhalten.

Indien sollten wir als noch engeren Handelspartner gewinnen. Der Bundeskanzler hat den Subkontinent jüngst besucht. Indien war in den vergangenen Jahren der stille Wachstumsstar der Weltwirtschaft und dürfte es bleiben.

Mit den USA wird es schwieriger: Die Abkehr der Trump-Administration von der regelbasierten Weltordnung, Zölle und andere Handelsbeschränkungen belasten die Wirtschaftsbeziehungen.

2026 wird zeigen, ob künftig das Recht des Stärkeren gilt, oder die internationale Zusammenarbeit eine Chance behält.

Und schließlich muss 2026 das Jahr werden, in dem ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung in unserem Land gelingt.

Deutschland, als eine der größten Volkswirtschaften der Welt, hat gute Voraussetzungen. Doch um dieses Potenzial auszuschöpfen, muss jetzt konsequent gehandelt werden. Dazu gehören klare politische Rahmenbedingungen und das entschlossene Zusammenwirken von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Vor einem Jahr – kurz vor der Bundestagswahl – waren viele Hoffnungen damit verbunden. Die Bundesregierung unter Friedrich Merz startete mit einem Vertrauensbonus.

Mittlerweile müssen wir sagen: Das erste knappe Jahr der neuen Regierung war noch nicht der Durchbruch.

Deshalb setzen wir auf die kommenden Monate. Und auf grundlegende Reformen.

Unsere Konjunkturprognose 2026 basiert auf der umfassenden Analyse und den Berechnungen von zehn Chefvolkswirten und Chefvolkswirtinnen der Sparkassen-Finanzgruppe.

Einer von ihnen ist Timo Plaga, Chefvolkswirt der Sparkasse Hannover. Er wird im Anschluss an mein Statement Details der Prognose vor.

Drei Punkte sind wesentlich:

1. Nach drei Jahren des Stillstands sehen wir jetzt eine langsame Erholung der deutschen Wirtschaft. Wir erwarten ein moderates Wachstum von rund 1,0 Prozent.

Doch diese Erholung beruht in erheblichem Maße auf staatlichen Sonderausgaben. Hinzu kommt ein kalendarischer Effekt, weil mehrere gesetzliche Feiertage aufs Wochenende fallen.

Die Erholung bleibt fragil. Für dauerhaften Erfolg brauchen wir Strukturreformen.

2. Bürokratische Hemmnisse bremsen die Wettbewerbsfähigkeit.

   Vereinfachungen und eine digitalisierte Verwaltung sind entscheidend, um Investitionen und Aufschwung zu sichern. Hier sind ja erste gute Signale der Bundesregierung sichtbar.

3. Die Infrastruktur muss fitgemacht werden für morgen: Marode Straßen und Brücken, sowie veraltete Energie- und Kommunikationsnetze hindern Unternehmen daran, ihr Potenzial voll auszuschöpfen.

   Investitionen in moderne und resiliente Infrastruktur sind notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf internationaler Ebene zu wahren. Dabei müssen öffentliche und private Kapitalquellen kombiniert werden, um den enormen Investitionsbedarf zu decken.

Deutschland hat in den vergangenen Jahren trotz aller Widrigkeiten wie der Pandemie, den geopolitischen Spannungen und der anhaltenden Inflation Stabilität bewahrt.

Jetzt sehen wir – nach drei Jahren Stillstand – die Chance auf eine leichte Erholung. Unsere Volkswirte erwarten, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr um rund 1,0 Prozent wachsen wird.

Mit diesem Wachstum würde Deutschland mit Frankreich gleichziehen und läge nur noch knapp unter dem erwarteten Wirtschaftswachstum im Euroraum von 1,2 Prozent.

Die Inflation ist in den vergangenen Monaten gesunken. Im Dezember fiel sie auf 1,8 Prozent – der niedrigste Wert seit September 2024. Die geldpolitischen Maßnahmen der EZB greifen also.

Das vergangene Jahr war ein Rekordjahr für Gründerinnen und Gründer in Deutschland. 3.568[1] Start-ups sind neu entstanden. Das ist ein Plus in Höhe von 29,0 Prozent gegenüber dem Jahr 2024.

Um den deutschen Erfindergeist steht es also nicht schlecht, das zeigt auch die Anmeldung von Patenten. 2025 wurden mehr Patente angemeldet als im Jahr zuvor[2]. Genaue Zahlen legt das Deutsche Patent- und Markenamt im Frühjahr vor.

Wir sehen daran aber schon eines: Der Wille ist da – die Hindernisse müssen weg.

Die deutsche Industrie verzeichnet zuletzt ein Auftragsplus. Mit 5,6 Prozent[3] ist es überraschend stark ausgeprägt. Vor allem Metallerzeugnisse (+25,3%) sind gefragt. Und der sonstige Fahrzeugbau, der auch Militärfahrzeuge umfasst (+12,3%), legt bei den Bestellungen ebenfalls zu.

Ein wesentlicher Treiber ist die staatliche Nachfrage. Hier zeigen sich erste Effekte des Finanzpakets für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie der Mehrausgaben für Verteidigung. In diesem Jahr dürften von dem BIP-Wachstum in Höhe von 1,0 Prozent 0,4 Prozentpunkte dadurch entstehen. Im kommenden Jahr könnte es ein Drittel des Gesamtwachstums sein (0,5 Prozentpunkte).

Weitere 0,3 Prozentpunkte kommen aus dem Arbeitstageeffekt.

Zusammengerechnet beträgt das Wachstum aus eigener Kraft nur noch 0,3 Prozent. Umso wichtiger ist es, den Anschub zu nutzen.

---

[1] Vgl.: FAZ, 9.1.2026. Quelle: Handelsregisterauswertung des deutschen Startup-Verbands. Als Startups gelten neue Unternehmen mit einem potentiell skalierbaren Geschäftsmodell auf Basis eines selbst entwickelten Produkts. Handwerker, Gastronomen oder auch reine IT-Dienstleister ohne eigene Software fallen nicht darunter.

[2] Vgl. 2024 wurden 59.260 Patente angemeldet.

[3] Vgl. Stat. Bundesamt. Jüngste Daten. Bezogen auf Wert November 2025 gegenüber Vormonat Oktober.

Staatliche Sonderausgaben müssen zeitlich stark begrenzt sein. Dauerhafte Aufgaben – insbesondere die notwendigen höheren Verteidigungsausgaben – müssen aus dem regulären Haushalt bestritten werden.

Damit das Milliardenpaket sein volles Potenzial entfaltet, muss es von Strukturreformen begleitet werden. Ohne diese Reformen laufen wir Gefahr, dass diese erhebliche Summe ihre Wirkung verfehlt und dass wir ab 2028 nach einem Strohfeuer wieder zurückfallen.

Das Wachstum muss zudem in der Breite ankommen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind skeptisch, was das Wirtschaftsjahr für sie bringen wird. Die Hälfte der Selbständigen (50,7 %) erwartet laut ifo-Institut, dass ihre Geschäftslage unverändert bleibt.[4] Ein Drittel (35,3 %) erwartet gar eine Verschlechterung ihrer Geschäftslage. Im Vergleich dazu ist die Stimmung in der Gesamtwirtschaft besser. Hier erwarten 26,1 Prozent eine Verschlechterung.

Deutschland kann seine wirtschaftliche Stärke nur behaupten und weiter ausbauen, wenn Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsfähigkeit und tatsächliche Investitionen zusammenwirken.

Dafür sind aus unserer Sicht insbesondere drei Dinge nötig:

Erstens:

Überbordende Bürokratie ist ein schwerer Hemmschuh. Wir müssen sie abbauen.

Dazu braucht es konsequente Maßnahmen: digitale Verwaltung und schnellere Genehmigungen, mit klaren Fristen.
Wir unterstützen hier die Agenda von Bundesminister Karsten Wildberger uneingeschränkt und wünschen uns noch mehr Tempo.

[4] Vgl. FAZ: Pessimistische Selbständige; 14.1.2026. Zugrunde liegt eine Umfrage des Münchner Ifo-Instituts.

Zweitens:

Unser Sozialversicherungs- und Rentensystem steht unter Druck – und das nicht erst seit gestern.
Steigende Lohnnebenkosten belasten Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, müssen schwierige Entscheidungen jetzt getroffen werden. Feintuning reicht nicht mehr.

Konkret heißt das: Lohnnebenkosten begrenzen, Rentenlücke schließen – und das Verhältnis von Einzahlenden sowie Beitrags- und Bezugsjahren neu ausbalancieren, um kommende Generationen nicht zu überfordern.

Es geht darum, mehr und länger zu arbeiten. Und darum, die steigende Lebenserwartung auch in der Lebensarbeitszeit abzubilden.

Drittens:

Die Modernisierung unserer Infrastruktur ist eine der größten Aufgaben. Schiene, Straße und Wasserstraße sind da – aber wir haben zu lange vom Bestand gelebt. Durch eine veraltete Infrastruktur entstehen Staus, Verzögerungen und höhere Betriebskosten, die Unternehmen behindern und die Innovationskraft bremsen.

Alles muss jetzt dringend angepasst, ausgebaut, schlicht erneuert werden.

Ein aktuelles Beispiel hat in diesen Tagen einen weiteren Aspekt in den Fokus gerückt: Investitionen in Infrastruktur sind auch Investitionen in die Sicherheit unseres Landes.

Der Brand einer Kabelbrücke in Berlin vor wenigen Wochen zeigt es. Tagelang waren Zehntausende Menschen bei eisigen Temperaturen ohne Strom. 45.000 Haushalte und 2.200 Betriebe.

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) rechnen mit Schäden in Millionenhöhe durch Umsatzeinbußen und Produktionsausfälle. Dazu kommen hohe Kosten für die Reparatur.

Zwar ist die Stromversorgung so aufgebaut, dass Komponenten ausfallen können und andere übernehmen. Das war auch in Berlin so. Nur ging man offensichtlich vom Szenario eines technischen Defekts und nicht eines vorsätzlichen Anschlags aus. Deshalb lagen diese beiden Kabelstränge direkt nebeneinander – und wurden beide zerstört.

Das entspricht nicht den Anforderungen an eine wirksame Krisenprävention. Um solche Vorfälle in Zukunft mindestens zu erschweren, müssen wir bei Investitionen in Infrastruktur solche Szenarien mitdenken – für den Wohlstand von morgen.

Da kommt finanziell einiges auf uns zu. Staatsmittel allein werden nicht ausreichen, um den riesigen Investitionsbedarf zu decken. Wir müssen private Investitionen in die Infrastruktur mobilisieren.

Das Geld wäre da: Privathaushalte verfügen über 10 Billionen Euro[5]. Es fehlt allerdings der attraktive Rahmen, damit Privatanleger ihr Geld in Infrastrukturprojekte investieren. Wer sein Geld anlegt, erwartet Sicherheit und eine auskömmliche Rendite. Der Staat könnte hier durch Sicherungen helfen. Damit wird eine größere Hebelwirkung erreicht als wenn der Staat immer direkt und selbst investiert.
Die Sparkassen-Finanzgruppe hat gezeigt, dass der Ausbau der Infrastruktur möglich ist. Es ist möglich, mit privatem Kapital zum Beispiel Strom- und Nahwärmenetze zu modernisieren. Und zwar so, dass auch Kleinanlegerinnen und Kleinanleger profitieren und die Infrastrukturen nicht in die Hände ausländischer Investoren gelangen.

Meine Damen und Herren,
dieses Land steht vor großen Herausforderungen. Wir müssen:

- bürokratische Hemmnisse abbauen
- Sozialversicherungs- und Rentensystem modernisieren
- Infrastruktur ausbauen

[5] Vgl. Berechnung der DZ Bank. Sie geht in einer Hochrechnung davon aus, dass sich das nominale Geldvermögen im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um gut sechs Prozent oder knapp 600 Milliarden Euro auf 10,03 Billionen Euro erhöht hat.

Ja, das alles hat seinen Preis.
Ja, wir werden Bequemlichkeiten aufgeben müssen und uns bewegen.

Und Nein, es geht nicht über Nacht. Aber wenn kein Anfang gemacht wird, ändert sich gar nichts.

Das bedeutet nicht, dass es leicht wird – im Gegenteil, die kommenden Reformen sind unbequem und erfordern Entschlossenheit und Mut. Es ist nun einmal so, dass es diese Regierung richten muss. Verzögern und verschieben geht nicht mehr.

Wir erwarten von der Regierung, dass sie anpackt und Probleme löst. Etwaige Meinungsverschiedenheiten sollten nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Das hatten wir schon mal und das ist nicht gut ausgegangen.

Wir erwarten stattdessen, dass die Energie genutzt wird, um echte Reformen schnell zu erarbeiten und dann auch konsequent umzusetzen. Es geht um einen klaren Fahrplan, der dieses Land zukunftsfest macht.

Ich habe das schon einmal gesagt, aber ich wiederhole es gern: Die Menschen in Deutschland wollen regiert werden.

Und: Wer erkennt, dass langfristig richtige Ziele konsequent verfolgt werden, ist oft bereit, dafür vorübergehende Zumutungen hinzunehmen.

Die Voraussetzungen für das Gelingen politischer Strukturreformen sind da: Die Menschen in Deutschland sind gut gebildet, hoch motiviert und besitzen das notwendige Fachwissen, um die Herausforderungen zu meistern.

Chancen bietet auch der zunehmende Einsatz von KI. Mehr als jedes Dritte Unternehmen[6] nutzt inzwischen Künstliche Intelligenz. Etwa gleich groß ist der Anteil derer, die in diesem Jahr ihre Investitionen in diesem Bereich erhöhen wollen.

---

[6] Vgl. Reuters: „Bitkom: KI hat Durchbruch in Deutschland geschafft – Mehr Investitionen 2026"; 30.12.2025. Artikel liegt Studie des Digitalverbands Bitkom zugrunde.

Eine KI ist aber nur so gut, wie die Daten und das unternehmensspezifische Wissen auf das sie zugreifen kann. Und, ganz wichtig: Nur so gut, wie die Fähigkeiten der Menschen die sie einsetzen, Anwendungsmöglichkeiten konstruieren und die Ergebnisse auf Plausibilität prüfen. Mit beidem können wir in Deutschland punkten.

Sicherheit müssen wir von Anfang an im Umgang mit den neuen Werkzeugen mitdenken: Jede zusätzliche digitale Schnittstelle ist auch eine potenzielle Angriffsfläche.

Cyberangriffe treffen inzwischen gerade auch kleinere Unternehmen: Stillstand, Datenverlust, Kosten für Wiederherstellung, Reputationsschäden sind die Folgen. Und vor allem: enorme Unsicherheit.

Deshalb braucht es zweierlei zugleich: Prävention – also bessere IT-Sicherheitsstandards und geschulte Mitarbeitende – und professionelle Hilfe im Ernstfall, die schnell verfügbar ist.

Auch eine kluge Absicherung kann ein Baustein sein, um existenzbedrohende Folgen abzufedern. Aber sie ersetzt nicht die Hausaufgaben. Wer sich resilient aufstellt, schützt nicht nur sein eigenes Unternehmen – sondern stärkt den Wirtschaftsstandort insgesamt.

Die Sparkassen unterstützen hier ganz praktisch: Wir finanzieren Investitionen in IT-Sicherheit und Digitalisierung – und wir beraten Mittelstand und Kommunen dabei, Risiken zu erkennen und Schutzmaßnahmen umzusetzen. Denn Cybersicherheit ist heute kein Zusatzthema mehr, sondern Teil der Grundversorgung eines modernen Wirtschaftsstandorts.

Wir investieren deshalb konsequent in die Qualifizierung unserer eigenen Mitarbeitenden und in Nachwuchs, damit neue Technologien am Ende nicht nur eingeführt, sondern auch souverän und verantwortungsvoll genutzt werden.

Ohne engagierte Menschen geht es nicht. Deshalb sind Investitionen in die nächste Generation von Fachkräften ein bedeutender Baustein, um Deutschland auch in Zukunft wirtschaftlich stark zu halten.

Wir in der Sparkassen-Finanzgruppe übernehmen diese Verantwortung gern. Und unser Engagement kommt an: Die Sparkassen sind nach wie vor die wichtigste Anlaufstelle für junge Menschen, die einen Beruf in der Finanzwelt erlernen wollen.

Im vergangenen Jahr haben die Sparkassen insgesamt 5.786 neue Auszubildende eingestellt – ein Plus von 3,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Damit sind bei den Sparkassen aktuell 13.545 Auszubildende beschäftigt. Auch in der gesamten Sparkassen-Finanzgruppe sind es mittlerweile mehr als 14.500 Auszubildende. Die Sparkassen bilden damit knapp 60 Prozent aller Bankkaufleute in Deutschland aus.

Blick nach Europa

Meine Damen und Herren,
wenn wir die wirtschaftliche Situation in Deutschland beurteilen wollen, müssen wir auch auf Europa schauen.

Die europäische Zusammenarbeit und der Binnenmarkt sind von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands und der gesamten EU. Sie gewinnen zunehmend an Bedeutung, wenn globale Partnerschaften in Frage gestellt werden.

Während die deutschen Exporte in die USA und nach China 2025 gesunken sind, haben sie in die anderen EU-Länder leicht zugelegt. Der Anteil der EU-Länder an unseren Zielmärkten lag bereits 2024 bei 54,2 Prozent. Das spricht für die gute Integration Deutschlands in den europäischen Binnenmarkt. In Zukunft wird es darum gehen müssen, den Binnenmarkt noch weiter zu stärken und sowohl die digitale als auch die finanzielle Souveränität Europas zu stärken. Sie sind zu strategischen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Stärke Europas geworden.

Im europäischen Zahlungsverkehr gibt es mit Wero bereits ein privatwirtschaftliches Instrument, das die europäische Souveränität stärkt und einen entscheidenden Beitrag dazu leisten kann, die Abhängigkeit von internationalen Anbietern zu verringern.

Der digitale Euro hingegen zahlt so, wie ihn die Europäische Zentralbank derzeit plant, nicht auf dieses Ziel ein.

Die Herausforderung liegt darin, den digitalen Euro so zu gestalten, dass er die bestehenden privatwirtschaftlichen Initiativen stärkt und nicht behindert, damit sie sich ergänzen.

Aus unserer Sicht sollte sich die Europäische Zentralbank bei einem digitalen Euro auf den Wholesale-Bereich konzentrieren – etwa um Kapitalmarkttransaktionen effizienter, schneller und sicherer zu machen.

Für die alltäglichen Zahlungen der Menschen hingegen ist es sinnvoller, bestehende privatwirtschaftliche Initiativen wie Wero gezielt zu stärken, statt sie durch einen digitalen Euro zu schwächen oder zu verdrängen.
So sichern wir europäische Souveränität, vermeiden unnötige Doppelinvestitionen und stärken gleichzeitig die Innovationskraft der Marktakteure.

Entscheidend ist eine klare Aufgabenteilung: Die Geldpolitik setzt den Rahmen, während Innovation, Kundennähe und Weiterentwicklung im Zahlungsverkehr aus der Privatwirtschaft kommen.

Es ist zielführender, die Vorteile des digitalen Euros dort zu nutzen, wo er echten Mehrwert schafft und zugleich die Stärken privatwirtschaftlicher Lösungen zu erhalten, um Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität des europäischen Zahlungsverkehrs langfristig zu sichern.

Conclusio

Deutschland steht vor einer entscheidenden Phase. Die Herausforderungen bieten uns die Chance, den Grundstein für eine zukunftsfähige Wirtschaft zu legen. Jetzt müssen wir den Bürokratieabbau und die Digitalisierung konsequent vorantreiben, um ein agiles und innovatives Wirtschaftsumfeld zu schaffen. Unser Sozial- und Rentensystem muss nachhaltig gestaltet werden, um den kommenden Generationen eine stabile Basis zu bieten.

Eine Infrastruktur der Zukunft – digital, resilient und nachhaltig – ist der Schlüssel zu unserer Wettbewerbsfähigkeit. Diese Weichenstellungen heute werden Deutschland nicht nur stabilisieren, sondern zu einem globalen Vorreiter in Sachen Innovation und Nachhaltigkeit machen.

Jetzt ist der Zeitpunkt für mutige Reformen. Wenn wir handeln, legen wir das Fundament für den Wohlstand von morgen.

Überleitung an Timo Plaga

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe nun das Wort an Timo Plaga, Chefvolkswirt der Sparkasse Hannover, der Ihnen nun Details unserer Konjunkturprognose 2026 vorstellen wird.